

Darmstadt, 28. November 2025

vielbunte Forderungen an die Kommunalpolitik

Sehr geehrte Damen*Herren,

der Verein vielbunt setzt sich das ganze Jahr über ehrenamtlich für ein vielfältiges und tolerantes Darmstadt ein und engagiert sich auf vielen Ebenen für die Interessen und Belange von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter und queeren Menschen (LSBT*IQ) in der Stadt. vielbunt e.V. sieht sich als Gestalter queeren Lebens sowie als Ansprechpartner und Sprachrohr für LSBT*IQ. Aus diesem Grund nehmen wir die anstehenden hessischen Kommunalwahlen am 15. März 2026 zum Anlass, queere Forderungen an die Stadtpolitik zu formulieren. Diese sollen für die Bürger*innen als Wahlprüfsteine auf unserer Webseite veröffentlicht werden.

Wir bitten Sie zu den folgenden elf Forderungen um eine Antwort bis zum 23. Dezember 2025 an info@vielbunt.org.

Für Rückfragen oder ein Gespräch zu den Themen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Bambach

1. Vorsitzender

Christopher Januschkowetz

Stellv. Vorsitzender

vielbunt e.V.
Kranichsteiner Str. 81
64289 Darmstadt

info@vielbunt.org
www.vielbunt.org

IBAN DE70 5519 0000 0009
1730 14
BIC MVBMD55

Vereinsregisternummer
VR 82970
Amtsgericht Darmstadt

USt-IdNr: DE454300192

Jan Bambach
1. Vorsitzender

Christopher Januschkowetz
Stellv. Vorsitzender

1: Soziale Sicherheit und Gesundheit

1.1: Gezielte Hilfen für LSBT*IQ Jugendliche

Wir fordern gezielte Hilfen für LSBT*IQ-Jugendliche, die ihr Zuhause verlassen müssen. Konkret braucht es eine feste, spezialisierte Ansprechperson im Jugendamt und die Bereitstellung sicherer Unterkünfte in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe.

In den vergangenen Jahren kam es mehrfach zu Fällen, in denen queere Jugendliche in ihren Familien psychische oder physische Gewalt erlebt haben. Häufig fühlen sich die zuständigen Stellen nicht verantwortlich, Betroffene werden zwischen Institutionen hin- und herverwiesen. Die wenigen queeren Wohnangebote, etwa von PaSo oder in Frankfurt, sind dauerhaft überlastet und haben lange Wartezeiten. Es braucht daher auch kurzfristige Schutzmöglichkeiten und eine bessere Qualifizierung von Fachkräften im Jugendamt. Jugendliche, die Diskriminierung oder Gewalt durch die eigene Familie erleben, sind erheblich gefährdet. Ohne Schutz und Unterstützung drohen schwerwiegende Traumata.

1.2: Schaffung queer-sensibler Angebote in der Senior*innenarbeit und Altenpflege

Wir fordern die Entwicklung eines städtischen Handlungskonzepts "Queer im Alter". Dieses soll die Zertifizierung queer-sensibler Pflegeeinrichtungen, regelmäßige Schulungen für Pflegepersonal und die Förderung von sozialen Treffpunkten für queere Senior*innen beinhalten.

Viele queere Menschen der älteren Generation haben ein Leben lang Diskriminierung erfahren. Die Angst davor, sich in Pflegeeinrichtungen oder gegenüber Pflegediensten outen zu müssen, führt oft zur Vereinsamung und dazu, die eigene Identität wieder zu verbergen. Ein selbstbestimmtes Leben im Alter muss für alle Menschen möglich sein. Wir sehen hier die Einrichtungen und Konzepte in Nachbarstädten wie Frankfurt am Main und Mannheim als Vorbilder.

1.3: Verbesserung der Gesundheitsversorgung für queere Menschen

Wir fordern die Förderung der Ansiedlung einer PrEP-Praxis in Darmstadt im Rahmen der GKV. Außerdem fordern wir den Erhalt der stabilen und niedrigschwelligen Testkapazitäten des Gesundheitsamtes sowie der Aidshilfe Darmstadt e.V..

Die Gesundheitsvorsorge für viele queere Menschen ist erheblich erschwert, da sie für eine adäquate Versorgung auf Praxen in Mannheim, Wiesbaden oder Frankfurt ausweichen müssen. Dort treffen sie zum Teil auch noch auf Wartelisten. Dieser Zustand ist nicht

hinnehmbar. Wir fordern deshalb, dass diese Versorgung für die anerkannte Präventionsstrategie sowie für die HIV-Therapie in Darmstadt möglich gemacht wird. Außerdem fordern wir den Erhalt eines langfristig verlässlichen Zugangs von niedrigschwelligen STI Testmöglichkeiten im Gesundheitsamt und bei der Aidshilfe Darmstadt e.V.. Beide Angebote erreichen unterschiedliche Zielgruppen und bieten jeweils andere Zugangswege an, sie ergänzen sich dabei fachlich sinnvoll.

2: Bildung und Aufklärung

2.1: Queere Sensibilisierung in der Kinderbetreuung

Wir fordern regelmäßige Bildungsangebote für Mitarbeitende in Kitas und Grundschulen zum Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Regenbogenfamilien.

*Pädagog*innen und Erzieher*innen erleben die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Regenbogenfamilien im Alltag, sind aber unserer Erfahrung nach häufig nicht im Umgang damit oder in der Kommunikation mit Eltern geschult. Eine adäquate fachliche Sensibilisierung sowie Ausstattung mit hilfreichen Material ist dringend notwendig.*

2.2: Aufarbeitung und Sichtbarmachung queerer Stadtgeschichte

Wir fordern, dass die Stadt ein Projekt zur Erforschung und öffentlichen Darstellung der queeren Geschichte Darmstadts initiiert und finanziert. Dies kann in Form einer Ausstellung, einer Publikation oder thematischen Stadtrundgängen geschehen.

Queeres Leben war immer Teil der Stadtgeschichte, wurde aber oft verfolgt oder unsichtbar gemacht. Die Aufarbeitung ist ein Akt der Anerkennung und stärkt die Identität der Community und das Geschichtsbewusstsein der gesamten Stadt. Es existieren bereits zwei Stolpersteine für schwule Opfer der NS-Zeit sowie das Mahnmal "Die Schattenseite des Regenbogens" für die Opfer des § 175 StGB. Für die Errichtung der Stolpersteine und des Mahnmals wurden die nötigen historischen Informationen von der Arbeitsgemeinschaft Homosexuelle und Kirche (HuK) recherchiert. Diese könnte bei ihren Recherchen und Dokumentationen gezielt unterstützt werden.

3: Öffentliche Infrastruktur und Sichtbarkeit

3.1: Einrichtung von Unisex-Toiletten, -Duschen und -Umkleiden

Wir fordern, dass auch in bestehenden städtischen Gebäuden wie Schulen, Bürgerhäusern und Sportstätten Alternativen zu binären Toiletten, Duschen und Umkleieräumen eingerichtet werden.

Die binäre Aufteilung von diesen Einrichtungen schließt inter, trans* und nicht-binäre Menschen faktisch aus oder setzt sie erheblichen Belastungen aus, insbesondere wenn ihre Geschlechtsidentität nicht eindeutig "gelesen" wird.*

3.2: Umfassende Barrierefreiheit im Queeren Zentrum

Wir fordern die Herstellung von umfassender Barrierefreiheit im Queeren Zentrum Darmstadt, mindestens durch einen rollstuhlgerechten Zugang und eine barrierefreie Toilette.

Das Queere Zentrum Darmstadt soll allen queeren Menschen offenstehen. Der aktuelle, nicht barrierefreie Zustand stellt eine klare Diskriminierung von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen dar und ist auch ab dem 01.01.2028 nicht mit dem Neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vereinbar. Nutzungseinschränkungen müssen aufgrund der Wichtigkeit der Angebote so minimal wie möglich gehalten werden.

4: Kommunales Handeln und gesellschaftliche Verantwortung

4.1: Stärkung der Koordinationsstelle LSBT*IQ und diskriminierungsfreie Verwaltung

Wir fordern die aktive Weiterentwicklung der neu geschaffenen städtischen Koordinationsstelle LSBT*IQ für queere Belange und ihrer Bestrebungen.

Es braucht sichtbare Initiativen wie die Mitgliedschaft im "Rainbow Cities Network" oder die Unterstützung von Rainbow Refugees, die durch die Koordinationsstelle initiiert werden können. Wir fordern weiterhin, dass die Koordinationsstelle dafür sorgt, dass TIN (trans, inter und nicht-binäre) Personen ausdrücklich in die städtischen Schutzkonzepte aufgenommen werden. Zuletzt fordern wir, dass die Stadt Darmstadt in allen Publikationen, Formularen und Verwaltungsprozessen konsequent diskriminierungsfreie Sprache verwendet.*

4.2: Aktive Teilnahme am Netzwerk gegen Gewalt

Wir fordern, dass die Stadt Darmstadt aktiv am "Netzwerk gegen Gewalt" des Landes Hessen teilnimmt und sich mit eigenen Initiativen zur Prävention von queerfeindlicher Gewalt einbringt.

Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Darmstadt muss Teil dieses Netzwerks werden, um queere Menschen in der Stadt besser zu schützen. Dies sollte mit einer Teilnahme am Programm "Gewalt-Sehen-Helfen" des "Netzwerk gegen Gewalt" geschehen.



5: Förderung und Absicherung queerer Strukturen

5.1: Dritte Teilzeitstelle für das Queere Jugendzentrum

Wir fordern die Schaffung einer dritten Teilzeitstelle bei vielbunt e.V. im Queeren Jugendzentrum, um die stetig wachsenden Aufgaben zu bewältigen und die Vielfalt der queeren Jugendlichen abbilden zu können.

Die besonderen Anforderungen der Zielgruppe des Queeren Jugendzentrums benötigen ein breiter und vielfältiger aufgestelltes pädagogisches Team, als es in anderen Jugendzentren womöglich ausreichend ist. Die übliche Besetzung mit einer "männlichen" und einer "weiblichen" Kraft wird trotz großem Einfühlungsvermögen der Mitarbeitenden einem bedeutenden Teil der Jugendlichen nicht gerecht. Ab dem 01.01.2028 ist der Personalschlüssel mit weniger als drei Teilzeitstellen zur inklusiven Betreuung nicht mit dem Neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vereinbar.

5.2: Jährliche Förderung des CSD Darmstadt

Wir fordern eine jährliche Förderung des CSD Darmstadt in angemessener Höhe sowie den Wegfall erhobener Gebühren für die Veranstaltung.

Der CSD Darmstadt ist ehrenamtlich organisiert, muss aber aktuell hohe Gebühren an die Stadt zahlen. In anderen Städten wie Wiesbaden erhält der CSD hingegen sogar eine Förderung. Das steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Veranstaltung für Sichtbarkeit und Akzeptanz queerer Lebens.